



Antrag

der Fraktion des SSW

Schuldenbremse reformieren

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Grundgesetzes einzubringen, die

1. es ermöglicht, als Land strukturelle Kredite in Höhe von 0,15% des Bruttoinlandsproduktes aufzunehmen und
2. die Aufnahme solcher Kredite daran bindet, dass eine Investitionsquote im Bundes- und Landeshaushalt in Höhe von mindestens 10% eingeplant und nach Haushaltsabschluss auch erreicht wird.

Begründung:

Der Europäische Fiskalpakt lässt eine gesamtstaatliche strukturelle Schuldenaufnahme von maximal 0,5% des BIP zu (vgl. Europäischer Fiskalpakt, u.a. URL: <https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/89/der-eu-rahmen-fur-die-fiskalpolitik>). Somit ist für die Bundesländer im Grundgesetz ein Spielraum von 0,15% des BIP als Schuldenaufnahmemöglichkeit gegeben.

Gleichzeitig lässt der Fiskalpakt zu, dass bis zu 1% des BIP als Schulden aufgenommen werden dürften, wenn die Staatsschuldenquote deutlich weniger als 60% des BIP beträgt. Die Gesamtschuldenquote Deutschlands liegt derzeit oberhalb dieser Grenze (vgl. u.a. URL:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/163692/umfrage/staatsverschuldung-in-der-eu-in-prozent-des-bruttoinlandsprodukts/>).

Würde eine ähnliche Regelung wie die Bundesregelung zur Schuldenbremse auch für die Länder gelten, so würde dem Land Schleswig-Holstein ermöglicht, Kredite in

Höhe von bis zu rund 170 Millionen Euro aufzunehmen (BIP SH 2022: 112,8 Mrd. Euro). Die Nutzung dieser Option würde Schleswig-Holsteins Handlungsspielraum erweitern, um die Herausforderungen der nächsten Jahre zu bewältigen.

Damit diese neuen Möglichkeiten aber nicht zu rein konsumtiven Ausgaben führen und Investitionen vernachlässigt werden, soll die Möglichkeit der Aufnahme von solchen Krediten an eine Investitionsquote von mindestens 10% gebunden werden. Die Investitionsquote im Landeshaushalt Schleswig-Holstein lag Ende der 1990er Jahre bei über 10%, sank zu Beginn der 2000er Jahre auf unter 10% und liegt nun wieder oberhalb dieser Grenze. Für 2024 ist eine Investitionsquote von 11,4 % geplant.

Lars Harms
und Fraktion